

Equal Pay Day fällt mit heutigem Valentinstag zusammen



© Getty Images/iStockphoto/Aleutie/iStockphoto

Der Equal Pay Day fällt heuer mit dem Valentinstag und dem Aschermittwoch zusammen. Eine Analyse des Momentum Instituts zeigt, dass auch ein MINT-Studium nicht vor dem Gender Pay Gap schützt.

14.02.24, 07:33

Der heurige **Equal Pay Day** fällt mit dem **Aschermittwoch** und dem **Valentinstag** zusammen. Vom 1. Jänner bis zum 14. Februar, als 45 Kalendertage, müssen Frauen in Österreich symbolisch gesehen gratis arbeiten, vergleicht man ihr Gehalt mit jenem der Männer. 12,4 Prozent beträgt der Gender Pay Gap im Durchschnitt, im Vergleich zu 13 Prozent im Vorjahr. Im Schnitt ergeben sich nach Berechnungen des Frauennetzwerks "Business and Professional Women Austria" (BPW) Einkommenseinbußen in Höhe von 5.800 Euro pro Jahr. Auf 40 Arbeitsjahre gerechnet ergibt das einen Lohnverlust von 232.000 Euro.

Als Mittel gegen geringen Lohn setzt die Politik oft darauf, Frauen zu einem **MINT-Studium** zu animieren. Die Einkommensschere existiert jedoch auch nach einem solchen Studienabschluss, rechnete das gewerkschaftsnahe Momentum-Institut vor, das wie die SPÖ auf Lohntransparenz pocht. Die FPÖ will mehr Gehalt in Niedriglohnberufen.

Einkommenslücke von 13 Prozent

Laut Momentum-Analyse entsteht bei Hochschulabsolventinnen und -Absolventen mit Master oder Diplom 18 Monate nach Bildungsabschluss eine Einkommenslücke von 13 Prozent. Auch ein MINT-Studium (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) schützt nicht vor dem Gender Pay Gap. Bei Naturwissenschaften, Mathematik und Statistik liegt dieser bei 8,6 Prozent, bei Informatik und Kommunikationstechnologie bei 7,7 Prozent. Bei Studienrichtungen, die unter das männlich dominierte "Ingenieurwesen, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe" fallen, liegt er sogar bei 17,5 Prozent, drei Jahre nach dem Masterabschluss immer noch bei 16 Prozent.

Teilweise würden Frauen auch mit höherem Bildungsabschluss weniger Gehalt bekommen als Männer. Im Ingenieurwesen bekomme eine Frau mit Master durchschnittlich 11 Prozent weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen mit Bachelorabschluss. "Dass man die Augen besser offen hält bei der Berufswahl, um nicht dem Gender Pay Gap 'zum Opfer zu fallen', entpuppt sich somit nur als Märchen", meinte Momentum-Chefökonomin Katharina Mader in einer Pressemitteilung.

Löhne sinken in "Frauenbranchen"

Gleichzeitig würde der Lohn in einer Branche sinken, wenn mehr Frauen dorthin drängen. "Männerbranchen" würden demnach besser bezahlt werden als "Frauenbranchen". Von 36 gut bezahlten Branchen seien 29 männlich dominiert. "Es ist unausweichlich nun endlich anzuerkennen, dass der Gender Pay Gap zu einem großen Anteil aus der Diskriminierung von Frauen resultiert", so Mader.

"In den am schlechtesten bezahlten Branchen finden sich signifikant mehr Frauen, in den Führungsebenen finden wir zwei Frauen von zehn im Vorstand", betonte auch BPW-Austria-Präsidentin Rita Volgger. Das Netzwerk forderte u.a. Einkommenstransparenz und eine Aufwertung von Niedriglohnbranchen.

Das Momentum-Institut empfiehlt einen Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung und Altenpflege, eine verpflichtende Väterkarenz, verpflichtende Lohntransparenz sowie Frauenquoten auf allen Ebenen und die Einführung eines kollektivvertraglichen Mindestbruttolohns von 2.500 Euro. Die SPÖ will Halbe-Halbe bei der Karenz und einen Rechtsanspruch auf einen kostenlosen ganztägigen Kinderbildungsplatz ab dem ersten Lebensjahr.

EU-Richtlinie für Lohntransparenz

Sozialdemokraten und Arbeiterkammer (AK) fordern außerdem, die 2023 beschlossene EU-

Richtlinie für Lohntransparenz rasch umzusetzen. "Die Richtlinie verpflichtet EU-Unternehmen dazu, Informationen offenzulegen, mit denen Arbeitnehmer*innen ihre Gehälter vergleichen und Unterschiede aufdecken können. Ich frage mich, worauf die Bundesregierung wartet", so die sozialdemokratische Frauenvorsitzende **Eva-Maria Holzleitner**. Die AK will für die Umsetzung eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Sozialpartner, außerdem sollen alle Unternehmen ab 25 Beschäftigten Einkommensberichte erstellen.

Dass Frauen häufiger in Teilzeit arbeiten, würde den Gehaltsunterschied noch verschärfen, so die freiheitliche Frauensprecherin Rosa Ecker. "Berücksichtigt man die Teilzeitjobs, so ist der statistische Einkommensunterschied mit 35 Prozent mehr als eklatant." Sie forderte, Löhne und Gehälter in Niedriglohnberufen sowie Lehrlingsentschädigungen anzuheben. Wer Betreuungs- und Pflegearbeit leiste - das sind meistens Frauen - solle daraus außerdem einen Pensionsanspruch erhalten. "Mutter-Sein darf auch nicht länger zu einer finanziellen Bestrafung durch die Hintertür führen."

(Agenturen) | 14.02.2024, 7:33

KURIER